

in der ersten Adventswoche abermals vertagt wurden — mit scharfen Schüssen: Sie wählten das umstrittene Barentsseegebiet (siehe Graphik Seite 95) zum Zielgebiet einer Raketen-Übung.

Die Norweger leben mit permanenter Besorgnis über den mächtigen Nachbarn, der vor ihrer nördlichen Hintertür eine Riesenstreitmacht massiert und seinen Appetit auf Spitzbergen — und damit auf die ganze Barentssee — oft bekundet hat.

Seit Norwegen 1920 durch den Spitzbergen-Vertrag die Souveränität über die bis dahin herrenlosen Inseln erlangte, haben die 40 Mitunterzeichner — von Schweden bis China — das Recht, den demilitarisierten Archipel zu erforschen und ökonomisch zu nutzen.

Davon machen heute (von ein paar westlichen Ölsuchern abgesehen) nur noch die Sowjets Gebrauch. Sie bre-

flot, die pro Monat einmal kommt, 30 Mann, bekamen immerhin sechs, die sie jetzt um Frauen vermehrten.

Ihr nächstes Bein in der Tür wird eine Tiefkühlfleischfabrik zur Versorgung ihrer Grubenarbeiter sein. Die Kapazität des Werks übersteigt den Bedarf der 2000 Sowjets bei weitem und ist offenbar auf Zuwachs geplant. Als Fabrikpersonal werden die nächsten 50 Russen auf Spitzbergen seßhaft.

Moskau verschafft sich faktisch eine Position, die es rechtlich nicht erlangen kann. Als Oslos Regierungschef 1974 Moskau besuchte, wollten die Gastgeber zweimal im Kommuniké eine „gemeinsame Verantwortung“ für Spitzbergen unterbringen — die Norweger aber blieben hart.

Um so kompromißloser wird Moskau seinen Anspruch auf den Löwenanteil der Barentssee vertreten — denn

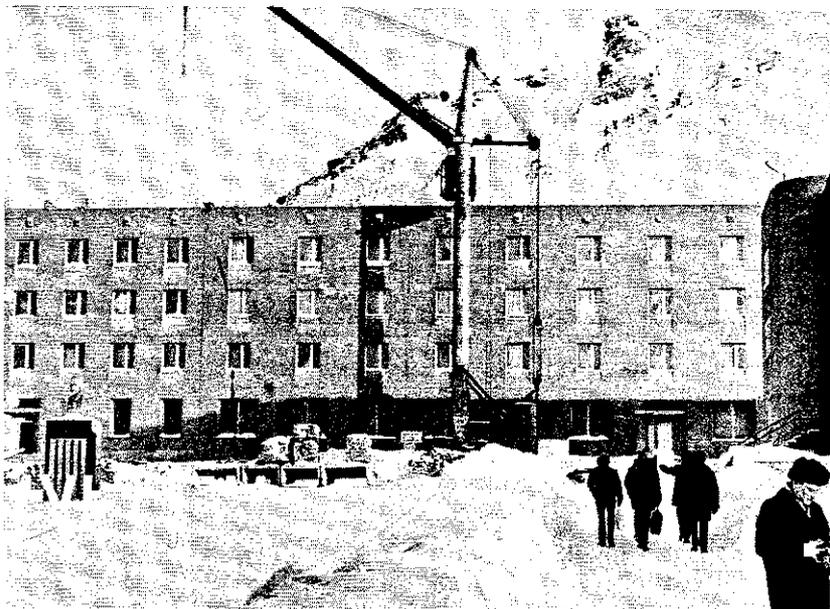
PORTUGAL

Nur noch Knochen

Im krisengeschüttelten Portugal sind nun sogar die Lebensmittel knapp. Weil ihnen die — zum Teil wirre — Agrarreform nicht paßt, drohen die Bauern, den Nahrungsmittelnachschub für Lissabon zu kappen.

Tomás Estevão, Weinbauer in der zentralportugiesischen Region Santarém, hatte mehr Mühe und Geld in seine Rebstöcke investiert als in seiner Heimat üblich. Wegen der guten Erträge, so teilte ihm die Regierung mit, werde sein 17-Hektar-Besitz mit 50 000 Punkten bewertet.

Nach den Richtlinien der Landreformer in Lissabon, die Portugals land-



Sowjet-Wohnblock auf Spitzbergen (Barentsburg), norwegisches Raketen-Schnellboot: „Vier Stück Zimmer für je eine Person“

chen seit 1935 auf den öden Inseln mühsam Kohle, über die sie zu Hause reichlich und bequemer verfügen.

Den Norwegern mißfällt, daß auf Spitzbergen nur 1000 Landsleute, aber 2000 Russen leben, die sich per Salami-Taktik immer mehr kleine und große Freiheiten nehmen.

Sie errichten in ihrem Kohlen-Getto Barentsburg Kraftwerke und mißachten die Vorschrift, deren technische Daten beim norwegischen Inselchef registrieren zu lassen.

Trotz norwegischer Proteste tummeln sich die Sowjets mit sieben Hubschraubern, für die sie jetzt eine größere Basis bauen, beliebig im Lande.

Im bislang allein von Norwegern bewohnten Longyearbyen setzten die Sowjets eigenes Flughafenpersonal durch. Während aber die nordische SAS, die wöchentlich mindestens einmal landet, mit nur einem Bodenmann auskommt, verlangten die Russen für ihre Aero-

es befürchtet lästige, auf Ölsuche kommende Störenfriede im Eismeer.

Vorerst hat Oslo die Ausbeutung seines südlichen Festlandsockels durch Erdöl-Multis aus Nato-Ländern nur bis hinauf zum 62. Breitengrad konzessioniert. Aber die Russen argwöhnen, daß Norwegen mit den Multis bald auch seinen Sockel im Norden bis in die Barentssee (vor der Murmansk-Ausfahrt) mit Bohrinnseln spickt — die auch für Spione und Horchgerät gut sind.

Norwegens Parlament, das sich im Dezember mit dem Eismeer-Konflikt befaßte, scheint die Möglichkeit einer „gewissen Flexibilität“ beim Mittelnien-Prinzip zu sehen — vielleicht, wenn die Russen auf Spitzbergen zurückstecken.

Einstimmig forderten die Abgeordneten ihre Regierung auf, Norwegens Souveränität über die Inseln fortan „energischer wahrzunehmen“.

wirtschaftliche Betriebe nach Größe, Art und Ertrag taxieren, hatte Estevão damit den Grenzwert erreicht, bis zu dem das Land ihm allein gehören durfte. Im Gegensatz zu Nachbarn, die auf etwa gleich großer Bodenfläche weniger Wein gewannen, lief der Winzer unmittelbar Gefahr, durch Sozialisierung die Hälfte seines Landes einzubüßen.

„Das ist doch nicht revolutionär“, empörte sich Estevão über das Lissabonner Punktgericht, „das ist einfach Diebstahl.“

Selbst nach den Regeln der Revolution hatten die meisten der bislang enteigneten portugiesischen Grundbesitzer ihr Land mehr durch Raub als durch Reform verloren. Von den knapp eine Million Hektar Acker- und Weideland, die Portugals Landarbeiter 1975 übernommen hatten, waren nur 30 Prozent legal — also den Bestimmungen des

Landreform-Gesetzes von Ende Juli entsprechend — enteignet worden.

„Das Gesetz sieht den Mechanismus der Land-Enteignung unter der Kontrolle des Agrarreform-Instituts vor“, stellte Joaquim Guerra vom Landwirtschaftsministerium klar, „aber unglücklicherweise geschah dies nicht, und die Arbeiter übernahmen die Initiative.“

Meist von der kommunistisch beherrschten Union der Landarbeiter gesteuert, besetzten die Farm-Hilfskräfte vor allem in den südportugiesischen Regionen Beja, Evora und Portalegre Hof auf Hof. Sie jagten die Eigentümer davon, soweit diese nicht ohnehin fern von ihrem Gut in Lissabon residierten, und verkauften Vieh sowie Maschinen, um erst einmal den Fonds für ihre erhöhten Löhne aufzufüllen.



Demonstration in Lissabon*: „Das ist einfach Diebstahl“

Wegen der hastigen und chaotischen Landbesetzungen erwarten Agrar-Experten, daß die landwirtschaftliche Produktion im Vergleich zu den Vorjahres-Ernten in diesem Jahr um 30 Prozent sinken wird. Doch schon jetzt sind Lebensmittel in den portugiesischen Städten rar und teuer.

Nachdem die Regierung Azevedo die lange Zeit künstlich niedrig gehaltenen Nahrungsmittelpreise im Dezember freigegeben hatte, schossen die Fleisch-, Gemüse-, Eier- und Milchpreise steil empor. Und weil das Kabinett zugleich die meisten Industriearbeiter-Löhne einfrore, sank der Lebensstandard der Arbeiter-Haushalte durch die Teuerung drastisch ab.

Viele Lebensmittel verschwanden gar aus den Regalen der Metzger,

* Demonstration von Ladenangestellten gegen die steigenden Lebenshaltungskosten am vorletzten Mittwoch, bei der ein Demonstrant erschossen wurde.

Milchgeschäfte und Supermärkte: Unzureichende Einfuhren, Hamsterkäufe und die Spekulation der Händler auf rasch steigende Preise dezimierten das Angebot an Fleisch, Kartoffeln, Gemüse, Salatöl und Milch.

So verkauften Schlachter drei Stunden nach Ladenöffnung nur noch Suppenknochen. Einzelhändler rationierten ihren Butter-, Milch- und Käse-Absatz, und selbst Stockfisch, Portugals Nationalgericht, war nicht mehr zu haben.

Rasch versprach Lissabons Koalitionsregierung, ihren wirtschaftspolitischen Kurs zu korrigieren. Die Preise für Grundnahrungsmittel sollten wieder kontrolliert, die Löhne womöglich an die Lebenshaltungskosten gekoppelt und die Versorgungs-Engpässe durch zusätzliche Einfuhren behoben werden.

Doch nach all den politischen Unruhen, Streiks, Enteignungen, Nationalisierungen, Preisstopps, Lohnmanövern und Devisenabflüssen der vergangenen anderthalb Jahre ist Portugals ökonomische Krise viel zu tief, als daß sie durch kurzfristige Kosmetik noch überschwinkt werden könnte.

Während Linke aller Schattierungen seit April 1974 um die rechte revolutionäre Richtung rangeln, stürzte die Zahlungsbilanz von einem 900-Millionen-Mark-Überschuß (1973) in ein Drei-Milliarden-Minus (1975). Die Devisenreserven schmolzen von einem Zwei-Milliarden-Dollar-Berg zu einem kläglichen Rest zusammen, der kaum die Einfuhren eines Monats deckt.

Die Arbeitslosigkeit wird auf etwa 15 Prozent geschätzt. Sie wäre noch weit höher, wenn in der zu 60 bis 70 Prozent vom Staat kontrollierten Industrie nicht faktisch ein Entlassungsverbot bestände.

Nach einem Bericht, der für die Regierung angefertigt wurde, hat fast die Hälfte der vom Staat übernommenen Unternehmen keinerlei kommerzielle Überlebenschance. Doch Premier Azevedo und seine Kollegen können sich ein Massensterben der von ihren Vorgängern unter Staatskontrolle gestellten Firmen nicht erlauben. Neue schwere Unruhen wären unausweichlich.

Auf Hochtouren läuft nur noch die Notenpresse: Da die Unternehmen ihre stark gestiegenen Kosten nicht durch Produktivitätsgewinne auffangen können, werden Defizite durch Neuausgabe von Geld gedeckt. In anderthalb Jahren verdreifachte sich das Geldvolumen.

Lissabonner Wirtschaftsexperten fürchten, daß die gegenwärtige Teuerungsrate von schätzungsweise 30 bis 50 Prozent wegen dieses inflationären Geldnachschiebes bis zum Sommer noch erheblich steigen wird.

Durch Inflation und Lebensmittelknappheit aber ist Portugals gemäßigte Regierung schon jetzt unter Sperrfeuer von links nach rechts geraten. Der kommunistisch gelenkte Gewerkschaftsverband Intersindical etwa drohte mit einem Generalstreik, falls nicht schleunigst etwas gegen Kaufkraftverlust und Arbeitslosigkeit unternommen werde. Extrem linke Gruppen agitieren mit der Lebensmittelknappheit gegen das Regime.

Geschützt nach Art arabischer Ölscheichs fuhren Portugals rechtsgewirkte Bauern auf. Ihr Verband, der erst im Dezember als Kampfbund gegen die Agrarreform gegründet worden war, stellte der Regierung ein hartes Ultimatum: Wenn die Regierung nicht bis zum Montag dieser Woche die Enteignungsvorschriften aufhebe und den kommunistischen Einfluß in der Agrarverwaltung zurückdränge, werde der gesamte Lebensmittelnachschub für Lissabon gekappt.

„Wir sind keine Russen, keine Chinesen und auch keine Kubaner“, stellten die über die Kollektivierungstendenzen erbosten Bauern klar.

JAPAN

Angenehmes Leben

In Tokios Vergnügungsvierteln hat sich ein neuer Berufsstand aufgetan: die männliche Geisha.

Verzweifelt beschwor die reiche Mittvierzigerin ihren Freund, nicht in dem Pornofilm „Tokyo Diipu Surooto Fujin“ (Tokios Deep-Throat-Frau) mitzuwirken. Sie werde ihn auch mit einer größeren Summe als seiner möglichen Porno-Gage abfinden.

Doch Tetsuya Chiba, nach eigenem Bekunden noch Twen, laut Ausweis jedoch schon jenseits der Dreißig, lehnte